

Interpellation Dietsche-Oberriet vom 27. September 2011

Ausbildungsplätze für die sicherheitspolizeiliche Ausbildung

Schriftliche Antwort der Regierung vom 22. November 2011

Marcel Dietsche-Oberriet erkundigt sich in seiner Interpellation vom 27. September 2011 nach den Nutzungsmöglichkeiten von Ausbildungsplätzen für die Aus- und Weiterbildung der Korpsangehörigen der Kantonspolizei.

Die Regierung antwortet wie folgt:

Die praktische Aus- und Weiterbildung der Polizeiangehörigen ist von grosser Bedeutung für die Ausübung ihrer Tätigkeit. Der Umgang mit Schusswaffen, der Einsatz von Ordnungsdienst-Einheiten, Interventionen von Grenadier- und anderen Spezialeinheiten können nicht in einem Theatersaal erlernt, sondern müssen regelmässig praktisch geübt werden können. Für diese kontinuierliche sicherheitspolizeiliche Ausbildung ist die Kantonspolizei auf Ausbildungsplätze angewiesen. Besonders für die Schiessausbildung müssen immer wieder entsprechend eingerichtete Ausbildungsplätze gesucht werden. Da die Kantonspolizei nicht über eigene Ausbildungsplätze verfügt, nutzt sie die Ausbildungs- und Waffenplätze der Armee.

Zu den einzelnen Fragen:

1. Die Kantonspolizei ist auf die Nutzung der Waffenplätze der Armee angewiesen. Diesbezüglich besteht eine intensive konstruktive Zusammenarbeit zwischen der Armee und der Kantonspolizei. Die Verfügbarkeit der militärischen Ausbildungsplätze ist aber nicht optimal. Während der Rekrutenschulen stehen die Waffenplätze, die dann vollständig ausgelastet sind, sogenannten Drittkunden – dazu gehört auch die Kantonspolizei – nicht zur Verfügung. Die Kantonspolizei muss ihre Ausbildungen in die verbleibenden offenen Zeitfenster legen. Zudem werden die Waffenplätze Walenstadt und Chur von anderen Polizeikorps für ihre Ausbildungen stark genutzt. Für die Kantonspolizei ist deshalb eine verbindliche Reservation der Ausbildungsplätze über mehrere Jahre hinweg sehr schwierig.
2. Das geplante Ostschweizer Feuerwehrausbildungszentrum auf dem Gelände des Truppenübungsplatzes der Armee in Bernhardzell ist auf die spezifischen Bedürfnisse der Feuerwehrausbildung ausgerichtet. Vorgesehen ist jedoch, dass das Zentrum auch von weiteren Partnerorganisationen des Bevölkerungsschutzes genutzt werden kann. Im Vordergrund stehen Einsatzübungen im Zusammenhang mit Brandbekämpfung, Strassenrettung, Bewältigung von Elementarereignissen oder Führung Grossereignis. Diesbezüglich sind die Bedürfnisse der Polizei mitberücksichtigt. Ein darüber hinausgehender Einbezug der Polizei in das Planungskonzept wurde nicht weiter geprüft.
3. Die Ausbildungsbedürfnisse der Feuerwehr und der Polizei sind weitgehend unterschiedlich. Die Planung des Zentrums ist auf die spezifischen Bedürfnisse der Ausbildung von Feuerwehren ausgerichtet, insbesondere auch auf Übungen in der Brandbekämpfung. Deshalb sind die Möglichkeiten der Kantonspolizei, das Ausbildungszentrum zu nutzen, im Gegensatz zum Zivilschutz eher begrenzt. Das Ausbildungszentrum befindet sich auf dem Truppenübungsplatz der Armee, von der die weiteren Infrastrukturen auf diesem Platz genutzt werden. Dazu gehört auch die Schiessanlage. Bei dieser sind die Schiesszahlen aus Gründen des Lärmschutzes aber begrenzt. Da das Kontingent praktisch vollständig durch die Armee ausgeschöpft wird,

besteht für die Kantonspolizei keine Möglichkeit, den Truppenübungsplatz für Schiessübungen in Anspruch zu nehmen. Hingegen es der Kantonspolizei möglich, den Truppenübungsplatz für Übungen von Spezialeinheiten zu nutzen. Auch hier gilt aber, dass dieser Truppenübungsplatz nur in bestimmten Zeitfenstern durch die Kantonspolizei reserviert werden kann.

4. Dass militärische Ausbildungsstätten ausser Dienst gestellt werden sollten, die dann von der Kantonspolizei übernommen werden könnten, ist in naher Zukunft nicht absehbar. Hingegen erweitert die Armee die Infrastruktur auf dem Schiessplatz Breitfeld im Raum Hafnersberg um zwei Kurzdistanzboxen. Diese Erweiterung ist auch für die Kantonspolizei vorteilhaft, die von einer möglichen Benützung profitieren würde.
5. Auch wenn ein eigenes polizeiliches Ausbildungszentrum verschiedene organisatorische Engpässe lösen würde, erachtet die Regierung angesichts der finanziellen Perspektiven den Bau eines solchen Ausbildungszentrums mittelfristig als wenig realistisch. Vielmehr soll das in den kommenden Jahren neu erarbeitete taktische Ausbildungskonzept sowie der Versuch auf dem Verhandlungsweg mit der Armee eine Lösung für eine längerfristige verbindliche Reservierung der militärischen Ausbildungsplätze zu erreichen, die derzeitige Situation verbessern. Zudem nutzt die Kantonspolizei die Möglichkeit, sich bei privaten Schiessanlagen einzumieten.